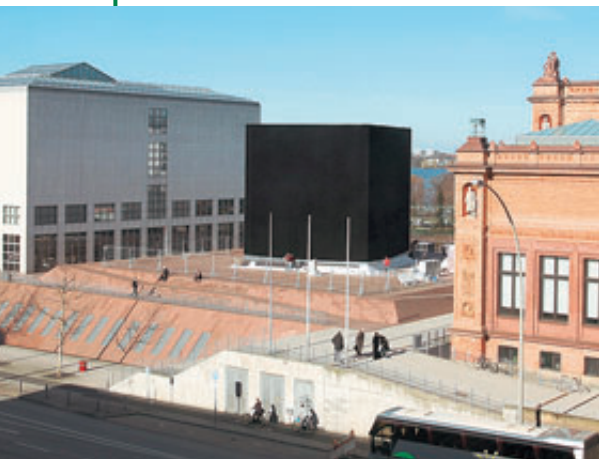


Epidemie des Wahnsinns

Henryk M. Broder über die Furcht vor islamischen Fanatikern



Schneider-Kubus in Hamburg
Von Muslimen abgesehnet

Der 15. Februar 1987 war ein normaler deutscher Wintertag, kühl, feucht und neblig. Es gäbe keinen Grund, sich an diesen Tag zu erinnern, wenn er nicht eine Zäsur markieren würde, wie das vor 20 Jahren kein Mensch ahnen konnte. Die Fatwa über Salman Rushdie war noch nicht verhängt, der Karikaturenstreit nicht ausgebrochen, und doch fand schon eine Art Vorspiel für die kommenden Skandale statt. Es dauerte nur wenige Sekunden, löste aber ein politisches und kulturelles Erdbeben aus, das bis heute nachwirkt.

Rudi Carrell schaute in die Kamera und verlas mit ruhiger Stimme eine fiktive Meldung: „Diese Woche feierte man im Iran den achten Jahrestag der islamischen Revolution. Ajatollah Chomeini wird von der Bevölkerung gefeiert.“ Der Meldung folgte ein Minifilm, in dem der Führer der iranischen Revolution von weiblichen Fans mit BH und Slips beworfen wurde. Es war ein visueller Kalauer: arglos, harmlos, nett. Nur was anschließend passierte, war weder arglos noch harmlos und schon gar nicht nett.

Schon 15 Minuten nach der Sendung beschwerte sich der Botschafter der Islamischen Republik beim Sender und meldete den Vorfall nach Teheran. Dann ging es Schlag auf Schlag. Teheran bestellte den deutschen Botschafter ein und forderte Konsequenzen für die „ungeheuerliche Beleidigung“. Vor der deutschen Botschaft in Teheran zogen Demonstranten auf, die „Tod dem deutschen faschis-

tischen Regime!“ schrien. Deutsche Diplomaten in Iran wurden zur Ausreise aufgefordert, Iran Air stellte seine Flüge nach Deutschland, das Goethe-Institut seinen Betrieb in Teheran ein.

Entsprechend der Parole des Vorsitzenden Mao – „Bestrafe einen, erziehe hundert“ – wurde nicht nur Rudi Carrell diszipliniert, der nie wieder einen Mullah-Witz riskierte, die Botschaft kam auch im gesamten sozio-kulturellen Komplex an: Als zwei Jahre später, 1989, die Todesfatwa über Salman Rushdie verhängt wurde und Ajatollah Chomeini zum Mord an dem Autor der „Satanischen Verse“ aufrief, war die Haltung der deutschen Öffentlichkeit bereits geteilt. Während sich ein Teil des Kulturbetriebs mit Rushdie solidarisierte, meinte der andere, er sei „zu weit gegangen“, habe „unnötig provoziert“ und deswegen keine Solidarität verdient.

Und während über Rushdie noch das Todesurteil schwebte, wurde 1995 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an die Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel verliehen. Die Juroren lobten das Lebenswerk der Sufismus-Expertin, wobei sie bereitwillig übersahen, dass die „überzeugte Fundamentalistin“ (Emma) die Fatwa gegen Rushdie theologisch gerechtfertigt hatte: „Beleidigung des Propheten ist nach den meisten islamischen Rechtsschulen ein todeswürdiges Verbrechen.“

So wird das Stück „Die beleidigten Moslems und wir“ seit rund 20 Jahren in verschiedenen Besetzungen aufgeführt, wobei der Plot immer der gleiche bleibt: Dort die verletzten und gekränkten Gläubigen, die gar nicht anders können, als Botschaften abzufackeln, um ihre Ehre

Feiertag gegen einen islamischen eintauschen will; Oskar Lafontaine, der „Schnittmengen zwischen linker Politik und islamischer Religion“ entdeckt hat; ein Gericht, das einem Berliner Islamisten erlaubt, seinen Sohn „Dschihad“ – Heiliger Krieg – zu nennen.

Es ist ein langsamer Prozess der Kapitulation vor dem scheinbar Unvermeidlichen. „Nur nicht provozieren“, lautet die Losung, „die Fanatiker könnten böse werden.“ Wie sehr das Verfahren inzwischen zur Routine geworden ist, wurde im Laufe der Auseinandersetzung um die 12 Mohammed-Karikaturen klar, die in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ am 30. September 2005 erschienen waren. Während in Beirut und Damaskus dänische Botschaften brannten und Demonstranten von Islamabad bis London den Tod der Beleidiger forderten, reagierten die Repräsentanten der westlichen Zivilgesellschaft wie Wanderer, die vom Sturm überrascht wurden.

Der ewige Grass, immer vorneweg, wenn es darum geht, den Westen für seine Untaten zu verurteilen, charakterisierte die Ausschreitungen als eine „fundamentalistische Antwort auf eine fundamentalistische Tat“.

Damit stand es sozusagen eins zu eins in einem Länderspiel zweier Fundimannschaften, von denen die eine ein paar Karikaturen in die Welt gesetzt hatte – und die andere daraufhin wie eine Feuerwalze durch das globale Dorf gezogen war. Fritz Kuhn, Fraktionschef der Grünen, sagte, es müsse nun geredet werden „über das Verhältnis der Meinungsfreiheit zu der Verantwortung, die daraus erwächst“, denn: „Manche fühlen sich durch die Karikaturen stigmatisiert. Mich haben sie an die antijüdischen Zeichnungen in der Hitler-Zeit vor 1939 erinnert.“

Ein Satz, mit dem Kuhn, Jahrgang 1955, vor allem eins bewies: dass er sich nie gründlich genug antijüdische Zeichnungen aus der Zeit vor 1939 angesehen hat. Auch der CDU-Abgeordnete Eckart von Kladen mahnte: „Wir dürfen kei-

Es ist ein langsamer Prozess der Kapitulation vor dem scheinbar Unvermeidlichen.

zu verteidigen, hier die kleinlauten und ewig bußfertigen Relativisten des Abendlandes, die den „Dialog der Kulturen“ als therapeutisches Selbstgespräch inszenieren: Günter Grass, der als Goodwill-geste gegenüber den in Deutschland lebenden Muslimen eine Kirche in eine Moschee umwandeln möchte; Hans-Christian Ströbele, der einen christlichen

nen Beitrag zur Eskalation leisten“ – nachdem Demonstranten in Teheran die österreichische Vertretung mit Brandsätzen attackiert hatten.

Ganz Europa erlebte eine Epidemie des Wahnsinns: Die dänisch-schwedische Firma Arla Foods, die einen Teil ihrer Produkte in islamische Länder exportiert, schaltete in 25 führenden arabischen Zei-



Islamische Modenschau (in Berlin): „Es macht mich fertig, dass wir so wenig für die Mädchen tun können“

SILKE REENTS / VISUM

tungen Anzeigen, in denen sie sich von den Mohammed-Karikaturen distanzier- te. Großbritanniens Außenminister Jack Straw nannte die Veröffentlichung der Karikaturen „unnötig, unsensibel, re- spektlos und falsch“.

Die Botschaft fand Gehör: Als der Künstler Hans Haacke gefragt wurde, warum es von ihm kein Werk gibt, „das sich mit der Rolle des Islams beschäftigt“, gab er zu Protokoll: „Das wird es so bald wohl auch nicht geben. Das Verhältnis zum Islam erscheint mir so komplex und explosiv, dass ich mich da nicht heran- wage.“ Seine Haltung, so Haacke, sei „nicht feige“, sondern „weise“.

Nachdem der Künstler Gregor Schnei- der seinen „Kubus“, der an die Kaaba von Mekka erinnert, in Berlin und Vene- dig nicht zeigen durfte, weil die Veran- stalter Angst vor islamistischem Terror hatten, ging er in Hamburg denn auch gleich auf Nummer sicher. In der „Kul- turzeit“ auf 3sat wurde Schneiders Vor- gehen so dargestellt:

„Um eventuellen Protesten bereits im Vorfeld zu begegnen, wurde die Ausstel- lung gemeinsam mit den Vertretern der muslimischen Gemeinden vorbereitet.“

Wobei der Moderator der „Kulturzeit“ nicht einmal mit einem kurzen Anheben einer Augenbraue die Frage andeutete, ob es denn angehen könne, dass Kunst- objekte, die den Glauben thematisieren, von der Vertretern der betroffenen Reli- gion „bereits im Vorfeld“ abgesegnet werden müssen. Die Antwort war so klar, dass sich die Frage erübrigte.

tische Sprüche auffielen. Sie redeten deut- sche Frauen regelmäßig als „Nutten“ an. Lehrerinnen versuchten, in manchen Klas- sen im Unterricht „einfach nur zu über- leben“.

Marie-Luise Bock, Leiterin der Martin- Luther-Hauptschule in der Ruhrgebietsstadt Herten, sieht ihre Bemühungen zur Inte- gration der Mädchen denn auch vor allem von zwei Seiten torpediert: von „erkon- servativen“ muslimischen Eltern und „ma- chohaften Brüdern“. Rund ein Drittel der muslimischen Schülerinnen trage Kopftuch, „und jede zweite ist unglücklich damit“. Für manche Ex-Schülerin, so Bock, habe sie schon einen Platz im Frauenhaus or- ganisiert. „Es macht mich fertig, dass wir so wenig für diese Mädchen tun können“, sagt sie.

Auch die Islam-Wissenschaftlerin Spu- ler-Stegemann hat verzweifelte Lehrer er- lebt. „Viele wissen nicht, wo sie die Gren- ze ziehen dürfen, was Muslime betrifft.“ Noch gefährlicher, meint Spuler-Stege- mann, sei eine „dramatische Entwicklung, die derzeit von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt im Bildungssektor ab- läuft: Da sind Gruppen, die wirklich eine Gegenwelt haben wollen“.

Organisationen wie etwa der Verband der Islamischen Kulturzentren betreiben bundesweit eine Reihe eigener Kinderhei- me. Dort bleiben die Kinder oft unter sich, Kritiker sprechen von religiöser Indoktri- nation, was die Verbandsverantwortlichen bestreiten. Auch Milli Görüş und die Isla- mische Gemeinschaft Deutschlands, die beide vom Verfassungsschutz beobachtet werden, machen intensive Jugendarbeit. Muslimische Verbände hätten sich in

Deutschland so zu verhalten, „dass wir einen Partner haben“, mahnte Bundesin- nenminister Wolfgang Schäuble – sonst müssten Fahnder und Juristen sich um sie kümmern.

Zunehmend versuchen muslimische Or- ganisationen auch, eigene Schulen zu eröffnen – schließlich würden ja etwa auch christliche Nonnen an anderen deut- schen Schulen unterrichten. Die Muslime preisen ihre Konzepte als integrativ, Be- amte glauben ihnen, genehmigen die Schulen – de facto melden sich dann aber nur Muslime an.

Jahrelang war beispielsweise die König- Fahd-Akademie in Bonn im Visier der Verfassungsschützer. Die Moschee mit an- geschlossenener Schule stand in der Kritik, weil dort Schulbücher benutzt wurden, die den Dschihad verherrlichen. Aber auch die normalen Koranschulen, die es an so gut wie allen Moscheen in Deutsch- land gibt, ziehen die etwa 70 000 Kinder und Jugendlichen, die sie besuchen, oft mit Macht in die Welt ihrer Großväter zurück.

Und natürlich gibt es auch in vielen Familien kein Entrinnen aus der musli- misch gerechtfertigten Enge. Frauen wer- den zum Dienen und zum Gehorsam er- zogen, Jungen werden abwechselnd gehä- schelt oder geschlagen, wie es die Sitten gebieten. Nach einer Studie des Krimino- logischen Forschungsinstituts Niedersach- sen werden mehr als doppelt so viele tür- kische Jungen von ihren Eltern verprügelt wie deutsche Jungen. Und „Mädchen aus konservativen Familien sagen, dass ihre Väter und Brüder das Recht hätten, sie zu schlagen“, berichtet Judith Gerling-Tamer,